

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 59 (1979)
Heft: 9

Artikel: Wir müssen Prognosen wagen
Autor: Küng, Emil
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-163551>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wir müssen Prognosen wagen

Wir seien in ein Zeitalter der Diskontinuitäten eingetreten, heisst es. In der Tat: Die Vorzeichen haben sich geändert, und man weiss nicht recht, was morgen sein wird. Die Aufgabe der Prognostiker ist daher schwieriger und undankbarer geworden. Dennoch kommt man nicht darum herum, sich ein Bild der Zukunft zu machen, wenn man zukunftsorientierte Dispositionen treffen muss. In dieser anscheinend höchst ungemütlichen und undurchschaubaren Lage gibt es immerhin noch einige Zusammenhänge, auf die man sich verlassen kann. Man könnte sie als Auswirkungen des Sättigungsgesetzes oder des Ertragsgesetzes bezeichnen, und es wird sich im folgenden zeigen, dass die Anwendbarkeit dieser Funktionsbeziehung breit gestreut ist.

Der Wettbewerb

Die allgemeine Auffassung geht dahin, dass der Wettbewerb als Mittel zur Leistungssteigerung und Leistungsauslese etwas Gutes sei und dass man daher von ihm nicht genug haben könne. Das ist unzweifelhaft bis zu einem gewissen Grade richtig – aber eben nur bis zu einem gewissen Grade. Verschärft sich nämlich die Konkurrenzintensität darüber hinaus, so entartet selbst eine an sich so überaus heilsame Einrichtung.

Was sich dann einstellt, konnte man in der Bauwirtschaft in aller Deutlichkeit beobachten. Wenn es nicht nur um die Gewinnhöhe, sondern um Sein oder Nichtsein geht, ist jeder bereit, den anderen zu unterbieten – obwohl dadurch sozusagen alle in die roten Zahlen geraten und der Umsatz der Branche als Ganzes eher herabgesetzt als erhöht wird. Das Verhalten des einen übt somit negative externe Wirkungen auf die übrigen aus.

Aber darum kümmert sich der erste nicht, denkt er doch in der geschilderten Konstellation nur noch kurzfristig und rein egoistisch.

Die Degeneration des Wettbewerbs mag aber auch eine «Tendenz zum Ramschwarengeschäft» auslösen, d. h. Qualitätsverschlechterungen zum Zwecke der Kosteneinsparung hervorrufen – mit dem Effekt, dass wiederum das Ansehen des Produktionszweiges als Ganzes geschädigt wird. Die Korruption nimmt überhand, weil man versucht, mit Bestechungen zum Zuschlag zu kommen. Ganz allgemein verlagern sich die Anstrengungen auf den «Wettbewerb mit Nebenleistungen», ob es sich nun um Geschenke an die Einkäufer oder um Werbekostenzuschüsse an die Abnehmer, um gespendete Gratis-Liebeserlebnisse oder um andere Lockmittel handelt.

Sicher ist das eine: Die Konsumenten profitieren von diesem entarteten Wettbewerb auf die Dauer nicht. Zwar verschiebt sich kurzfristig das Austauschverhältnis zwischen Produzenten und Verbrauchern zugunsten der Abnehmer. Die Konkurrenz wird aber zum Ausquetschmechanismus und zehrt die Reserven bei den Herstellern auf. Das kann nicht unbegrenzt andauern und wird früher oder später von «Erholungspreisen» gefolgt sein. Kurz: Der Wettbewerb kann auch ein Optimum überschreiten und wird dann faule Früchte tragen. Das ist voraussehbar.

Die Realeinkommen

Eine gängige These, die der bisherigen Wirtschaftstätigkeit und auch der Wirtschaftspolitik zugrunde liegt, lautet, es gelte das Sozialprodukt zu maximieren oder den Konsumgüterstrom so breit als möglich zu gestalten. Dann werde es schliesslich möglich sein, gleichsam das Paradies auf Erden herzustellen und alle Leute glücklich zu machen. Also wiederum ein völlig lineares Denken, das darauf hinausläuft: je mehr, desto besser, und zwar völlig unbegrenzt nach oben. Das Wirtschaftswachstum verdient danach jegliche Förderung.

Hier haben immerhin die Ökonomen schon frühzeitig gemerkt, dass es bei zunehmendem Realeinkommen so etwas wie einen abnehmenden Grenznutzen gebe, dass also bei einem Einkommen von 100 000 eine weitere Einheit nicht mehr denselben Nutzenzuwachs stiftet wie bei einem Einkommen von 10 000. In die Wirtschaftspolitik ist jedoch diese Erkenntnis nicht eingegangen. Sonst wäre man auch nach Überwindung der Armutsgesellschaft und nach Erreichung der Wohlstandsgesellschaft nicht immer noch in gleicher Weise darauf erpicht, den Wohlstand in einem materiellen Sinne zu steigern und dafür in der Produktion nach wie vor alle möglichen Opfer auf sich zu nehmen.

Vielmehr hätte man statt dessen realisiert, dass es so etwas wie Wohlstandsüberdruss geben kann, dass also vielleicht sogar ein negativer Grenznutzen in Ercheinung treten mag, wenn die Heranwachsenden zu sehr daran gewöhnt sind, alles zu bekommen, was sie sich wünschen. Man hätte sich eingestehen müssen, dass es auch Probleme mit der Überernährung gibt und dass die Bequemlichkeiten, die die moderne Konsumgesellschaft ihren Mitgliedern zur Verfügung stellt, Anlass geben zu Bewegungsmangel und Zivilisationskrankheiten – Phänomenen, die gewiss dem Lebensgefühl eher abträglich als zuträglich sind.

Die Redistribution

Insbesondere aber hätte man sich darüber Rechenschaft abgelegt, dass viele Unannehmlichkeiten, die der Mensch in seiner Eigenschaft als Produktionsfaktor in Kauf nehmen muss, sich nicht mehr recht lohnen, wenn der Lustgewinn, den er dafür aus seinem zusätzlichen Realeinkommen zieht, immer weiter abnimmt. Die Folgerung: Es erscheint vollkommen sinnvoll, wenn auch eine Humanisierung in der Arbeitswelt verlangt wird, wenn eine Arbeitszeitverkürzung bei allen jenen Beschäftigungen durchgesetzt wird, die als unangenehm empfunden werden, und wenn der Drang, immer mehr zu verdienen, allmählich nachlässt. Auch das sind Dinge, die prognostizierbar bleiben.

Ein moderner Trend ist nun freilich darauf gerichtet, das Problem dadurch zu entschärfen, dass jene primäre Einkommensverteilung, die sich am Markte herausbildet und die als höchst ungleichmäßig und daher ungerecht betrachtet wird, korrigiert wird durch eine gezielte Umverteilung, bei der die Angehörigen der unteren Schichten begünstigt werden, während den «Grossverdienern» immer mehr abgezwackt wird – bis zum theoretischen Endzustand, bei dem nach Abzug der Steuern alle ungefähr gleichviel haben oder eine Verteilung der Einkommen gemäss Bedarf eingetreten ist.

Auch diese Bewegung, die in ihren Anfängen sicherlich vernünftig erscheint, kann indessen übers Ziel hinaus schiessen und dann mehr Verheerungen anrichten als Vorteile bringen. Ja, es scheint, dass der Egalitarismus in einzelnen modernen Volkswirtschaften dieses Stadium bereits erreicht hat. Wiederum sind die Konsequenzen absolut sicher und keineswegs unbestimmt. Sie bestehen darin, dass die Leistungsantriebe gerade bei jenen nachlassen, die in besonderem Masse Schöpfer und Träger der Produktivitätssteigerungen und Innovationen sind. Auf der anderen Seite der Skala führt die Garantie eines Mindesteinkommens in der Höhe eines «an-

gemessenen Lebensunterhalts» dazu, dass beispielsweise manche Arbeitslose sich nicht mehr allzusehr darum kümmern, eine neue Stellung zu finden, sondern lieber durch allfällige Gelegenheitsarbeiten ein (unversteuertes) Nebeneinkommen erwerben. Aber auch in der Mittelklasse zieht man es vor, einen Beitrag zum eigenen Wohl (z. B. durch Fischen) als zum Sozialprodukt zu leisten.

Das Ergebnis einer allzu weitgehenden Nivellierung ist bekannt. Es kommt insbesondere darin zum Ausdruck, dass durch den «Sozialdruck» und die Lohnerhöhungen jenes Gewinnminimum bei den Unternehmungen nicht mehr erreicht wird, das erforderlich wäre für die Bereitschaft und die Finanzierung genügender Investitionen – Investitionen, die ausreichen sollen, um für die arbeitswilligen Hände auch Arbeitsplätze bereitzustellen. Die Arbeitgeber fühlen sich nicht mehr imstande, diese ihre volkswirtschaftliche Funktion befriedigend auszuüben. Stagnation, Massen- und Dauerarbeitslosigkeit sind das Resultat.

Wiederum muss zunächst eingeräumt werden, dass eine gewisse Sicherung gegenüber den Wechselfällen des Schicksals überaus notwendig und geboten erscheint. Erneut ist jedoch darauf aufmerksam zu machen, dass die Bewegung in dieser Richtung einen Grad von Selbstläufigkeit und Schwungkraft erlangt hat, der mit der Zeit Besorgnisse erwecken muss. Auch hier ist es nicht so, dass das Maximum ein Optimum verkörpert. Der Pendelschwung kann vielmehr sehr wohl über die Gleichgewichtslage hinausgehen.

Die soziale Sicherheit

Was das bedeutet, ist leicht zu erkennen. Es ist identisch damit, dass man von der Wiege bis zur Bahre im Netz der «Sicherheitsorganisationen» gefangen ist und dass einem in materieller Hinsicht sozusagen nichts passieren kann. Das ist recht bequem für jene, die die entsprechenden Kassen in Anspruch nehmen, die also beispielsweise ihr Gebiss vernachlässigen und dafür gratis zum Zahnarzt gehen. Es gipfelt in jenen notorischen Missbräuchen des kostenlosen Gesundheitsdienstes, die selbst in Grossbritannien dazu geführt haben, dass wieder ein gewisser «Selbstbehalt» eingeführt werden musste.

Daneben gibt es unweigerlich die «sozialen Lastesel», die ungleich mehr an Beiträgen zu leisten haben, als sie hoffen dürfen, an Gegenleistungen in Empfang zu nehmen. Sie fühlen sich zwangsläufig frustriert. Handelt es sich dabei um unternehmungsfreudige Menschen, so wandern sie in andere Länder aus, in denen die Verhältnisse noch nicht so weit gediehen sind.

Übrig bleiben nach dieser «positiven Selektion» noch die Nutzniesser. Die Belastung wird allmählich so hoch, dass eine Remedur des Systems unumgänglich wird.

Vor allen Dingen fällt hier ins Gewicht, dass die Abzüge, die den einzelnen von ihrem Einkommen auferlegt werden, früher oder später so gross werden, dass es manchen einfach «zu viel» wird. Dann ist der Zeitpunkt für eine Revolte gekommen. Sie wird ausgehen von den Angehörigen der aktiven Generation, die in der «Bedrägniszone» stecken, deren Einnahmen also noch nicht sehr hoch sind, wohl aber ihre Familienlasten und eben die genannten Sozialabzüge. Man braucht die soziale Sicherheit nur hinreichend auszubauen, um sicher zu sein, dass es zum «Glistrup-Syndrom», d. h. zur Bildung von Antisteuerparteien und ähnlichem kommt.

Die Freizeit

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass eine Wendung zur «Freizeitgesellschaft» bevorsteht. Das ist schön und gut, solange es in einem gewissen Rahmen bleibt und nicht überstürzt vorgenommen wird. Sollte jedoch einmal die Vier- oder gar Dreitagewoche eingeführt werden, so steht fest, dass damit für einzelne Mitglieder der Gesellschaft Schwierigkeiten heraufbeschworen werden, mit denen sie nicht leicht fertig werden. Geht man heute stillschweigend davon aus, mehr Freizeit sei wünschenswert, so wird sich zeigen, dass auch hier die Absorptionsfähigkeit ihre Grenzen hat. Das Gesetz des abnehmenden Grenznutzens gilt auch für die zusätzliche Freizeit.

Das dürfte sich darin manifestieren, dass viele vorerst von Langeweile geplagt werden. Langeweile kommt indessen einem Abzugsposten von der erstrebten Lebensqualität gleich. Sie bedeutet, dass man mit der Zeit nichts Sinnvolles und Befriedigendes anzufangen weiss und sie deshalb «totschlagen» muss. Eine solche Perspektive ist erschreckend. Sie lässt mit allem Nachdruck erkennen, dass es auch ein Übermass an Freizeit geben kann, mit dem man nicht erfolgreich fertig wird. Ausdruck davon ist etwa der Pensionierungsschock, wenn plötzlich die totale Freizeit oder der Dauerurlaub über jemand hereinbricht, der vorher restlos in seinem Beruf aufging.

Die Lösung des Problems besteht hier offensichtlich darin, dass man nicht unvorbereitet mit einer grossen Menge an zusätzlicher Freizeit konfrontiert wird, sondern dass der Übergang wenn irgendwie möglich allmählich vor sich geht und eine Vorbereitung darauf stattfindet. Das ist Aufgabe der Freizeitpädagogik, die für jene Generation schon recht früh

einzusetzen hätte, die in den Genuss erheblich verkürzter Arbeitswochen oder längerer Ferien gelangen wird. Findet die Umstellung nicht rechtzeitig statt, so ist nicht etwa ein Sprung vom Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit zu erwarten, sondern eine tiefe Enttäuschung. Sie sollte jedoch vermeidbar sein.

Heute ist man noch in weiten Kreisen der Ansicht, es könne gar nicht genug antiautoritäre Erziehung, kritisches Denken, Abbau von Tabus, Befreiung aus den Fesseln der Tradition und Aufstand gegen die überkommenen Werte geben. Dieser Drang ist verständlich. Auch er steht jedoch wie vieles andere in Gefahr, übers Ziel hinauszuschiessen und kontraproduktiv zu werden.

Wie steht es denn mit jenen, die sich gründlich emanzipiert haben? Sie unterstehen keinen verbindlichen Normen mehr. Sie weigern sich, die Fremddisziplin anzuerkennen, die eine Ordnung mit Arbeitsteilung mit sich bringt. Sie lehnen die soziale Kontrolle ab, die dafür sorgt, dass das Zusammenleben einigermassen geordnet vor sich geht. Die überlieferten Sollvorstellungen und Konventionen sind für sie bedeutungslos. Ja, selbst die geltenden Rechtsvorschriften werden in bezug auf ihre Legitimität in Zweifel gezogen. Statt dessen gilt die totale Autonomie des Verhaltens als einzige Richtschnur. Die permissive Gesellschaft mit ihrer sofortigen Triebbefriedigung wird als ideal dargestellt, weil sie keinerlei Zwänge mehr kennt.

Die Emanzipation

Doch man kann alles übertreiben – auch die Emanzipation. Sie führt zu einem Wertvakuum, das für die meisten schwer erträglich ist. Es besteht eben trotz allem ein Bedürfnis nach einem abgerundeten Weltbild, nach Idealen und Leitbildern. Wird der Glaubensbedarf nicht befriedigt, so klammert man sich an Ersatzreligionen, die Antwort auf alle Welträtsel versprechen. Wird der Sinnbedarf nicht gestillt, so kommt es zur Sinnlosigkeitsneurose. Und wird der Gefühlsbedarf und das Streben nach Geborgenheit und Anlehnung nicht zufriedengestellt, so ist die emotionale Unterernährung die Folge.

Nun kennzeichnen sich aber die übermäßig Emanzipierten, die den «Geboten» der permissiven Gesellschaft verpflichtet sind, durch einen derart aufgeblähten Egoismus, dass eine reibungslose Einordnung in die Grossgesellschaft ebenso wie in die Intimgemeinschaften sozusagen unmöglich wird. Die Konsequenzen haben sie am eigenen Leibe zu ertragen: Isolierung und Aussenseitertum, mangelnder Leistungswille und unzurei-

chende Leistungsfähigkeit, fehlende Fremdachtung und Selbstachtung, Unzufriedenheit und Wertunsicherheit. Die Betreffenden sind zu bedauern. Abermals zeigt sich: Grenzsituationen, bei denen das goldene Mittelmaß erheblich überschritten wird, sind unzuträglich. Es mangelt das Geländer, an dem man sich halten könnte.

Der Grossbetrieb

Wenden wir uns nun aber einmal von der gesellschaftlichen Problematik ab und den wirtschaftlichen Fragen zu. In dieser Hinsicht ist es etwa die Tendenz zur Unternehmungskonzentration, die ins Auge sticht. Dabei steht ausser Zweifel, dass Grossbetriebe und Grossunternehmungen in mancher Hinsicht den kleinen überlegen sind. Sie verspüren weit weniger Schwierigkeiten, sich zusätzliche Finanzmittel zu beschaffen, sei es über die Aufstockung des Eigenkapitals oder über das Auflegen von Anleihen. Sie erhalten Mengenrabatte für Grossbezüge, die ihren kleineren Konkurrenten nicht gewährt werden. Sie können bei der Werbung die kritische Minimalschwelle überschreiten. Wo die Forschung und Entwicklung besonders kostspielig und risikoreich ist, sind nur noch finanzkräftige Firmen in der Lage, sie durchzuhalten und die entsprechenden Früchte zu ernten.

Kurz: Man erhält bei oberflächlicher Betrachtung zunächst den Eindruck, die Zukunft gehöre dem Grossbetrieb und der multinationalen Firma, die Unternehmungskonzentration sei nicht aufzuhalten und das Schicksal der kleinen Einheiten besiegt. Doch auch hier wachsen die Bäume nicht in den Himmel. Gewiss verfügen die Grössten häufig nicht nur über die qualifiziertesten Spezialisten, sondern erst noch über Patente und überlegenes *know-how*, so dass ihnen auch noch Macht- und Monopolrenten zufließen. Dennoch zeigen sie in statistischer Beleuchtung zu meist eine Rentabilität des eingesetzten Kapitals, die tiefer liegt als bei der Gruppe derjenigen, die etwas kleiner sind. Das deutet unmissverständlich darauf hin, dass es auch in diesem Bereich so etwas wie eine optimale Grösse gibt, und dass sie vielfach überschritten wird.

Infolgedessen besteht schon aus ökonomischen Gründen kein Anlass, die Konzentration zu fördern, wohl aber ein Grund, sie zu bekämpfen. Diese Einstellung wird noch unterstützt, wenn wir uns die politische Macht der Grossen vor Augen führen, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass Macht stets auch zum Machtmisbrauch neigt und dass eine funktionierende Demokratie übermässige Grösse schwer erträgt. Ja, es sind sogar zur Hauptsache diese politischen Motive, welche eine nachdrückliche Antitrustpolitik rechtfertigen.

Die Arbeitsteilung

Nun beruht die wirtschaftliche Überlegenheit, die der Grossbetrieb bis zu einem gewissen Grade in vielen Sparten aufweist, in erster Linie auf der weitgehenden Spezialisierung und Arbeitsteilung, die er ermöglicht. Diese Arbeitsteilung im internationalen Rahmen und zwischen den verschiedenen Volkswirtschaften ist es auch, die als wohlstandsfördernde Kraft so sehr gepriesen wird. Es ist nicht zu bestreiten, dass ihr diese Fähigkeit innewohnt. Nur bleibt zu bedenken, dass jede immer weiter getriebene Arbeitsteilung soziale Kosten mit sich bringt, die wachsen und die schliesslich die Gewinne überwiegen. Also auch hier: Die Entwicklung darf nicht zu weit getrieben werden, weil sie sonst einen passiven Saldo erbringt.

Innerhalb der Betriebe ist es die Unannehmlichkeit der Arbeit, die mit wachsender Spezialisierung steigt. Sie kommt zum Ausdruck in Monotonie und Routine, in mangelnder Sinnerfüllung und Kommunikationsmöglichkeit, in Abstumpfung und Einseitigkeit. Diese psychischen Nachteile und Schäden wurden freilich zunächst vom Taylorismus geringgeachtet oder völlig verkannt. Es handelte sich ja um externe Wirkungen, mit denen die beteiligten Menschen fertigzuwerden hatten. Und das waren ohnehin nur Produktionsmittel wie andere auch.

Heute lässt sich eine solche Einstellung nicht mehr aufrechterhalten. Der Mensch will nicht nur in seiner Eigenschaft als Konsument verwöhnt und immer mehr mit Gütern überschüttet werden. Er verlangt vielmehr mit Recht in seiner Funktion als Arbeitnehmer eine Humanisierung der Arbeitsbedingungen, ja, wennmöglich sogar produktives Glück und nicht ausschliesslich konsumtives Glück, d. h. Werkbefriedigung und Gestaltungsmöglichkeiten. Der «Weg zurück» über autonome Arbeitsgruppen, Erfolgsbeteiligung und ähnliches ist denn auch seit längerer Zeit eingeschlagen worden.

Im internationalen Bereich ist jegliche weit getriebene Spezialisierung verknüpft mit Abhängigkeit, Verwundbarkeit und Störungsanfälligkeit. Wenn ein gewisses Mass an Unabhängigkeit als Kollektivgut betrachtet und entsprechend geschätzt wird, drängt sich auch hier eine Lösung auf, bei der sich die einzelnen Volkswirtschaften nicht restlos dem Geschehen in der übrigen Welt ausliefern, sondern bereit sind, eine gewisse Einbusse an Wohlstand hinzunehmen, um dafür einen höheren Grad von Dispositionsfreiheit zu bewahren.

Der soziale Wandel

Ähnlich wie bei der Arbeitsteilung sah man bei der Entwicklung der Technik zunächst keinerlei Schranken, die von der menschlichen Seite her Mä-

sigung auferlegen würden. Die technischen Fortschritte gingen vielmehr gänzlich autonom vor sich: Was machbar war und lohnend schien, wurde auch tatsächlich gemacht. Die beteiligten Menschen hatten sich eben anzupassen, d. h. unterzuordnen. Wenn sie ein paarmal im Laufe ihres Arbeitslebens den Beruf zu wechseln hatten – nun gut, dann mussten sie es eben tun. Wenn örtliche Mobilität von ihnen verlangt wurde, blieb ihnen kaum etwas anderes übrig als umzuziehen. Wenn sich der soziale Wandel enorm beschleunigte, so war es eben Aufgabe der einzelnen, damit so gut als möglich fertigzuwerden.

Allein es zeigt sich je länger je mehr, dass sich die Menschen mit der ihnen zugeteilten passiven Rolle nicht mehr zufriedengeben. Sie möchten nämlich nicht blass Diener der Technik, sondern mit Recht ihre Herren sein. Sie verstehen sich als Wirtschaftssubjekte und nicht als ihre Objekte. Sie haben einen verständlichen Wunsch nach einer gewissen Daseinsstabilität. Sinnlosigkeitsneurose ist die Krankheit, unter der sie zu leiden beginnen, wenn sie den Zweck des Ganzen nicht mehr zu durchschauen vermögen und sich wie ein Rädchen im Getriebe vorkommen.

Es gibt nicht nur einen antiindustriellen, sondern auch einen antitechnischen Affekt, der latent lauert und von dem zu befürchten steht, dass er mehr und mehr offen zutage treten wird, je rücksichtsloser die Technik fortschreitet und je rascher demzufolge der auferlegte soziale Wandel wird. Die riesigen Kühltürme der Atomkraftwerke sind bereits zum Gegenstand massenpsychologischer Eruptionen geworden. Es hätten ebensogut die Computer sein können, und es werden morgen vielleicht die Mikroprozessoren in ihrer Eigenschaft als job killers sein. Die Maschinenstürmerei als Aufbäumen gegen die Zwänge der Technik und Wirtschaft ist nicht tot. Hingegen erscheint es höchste Zeit, auf die Ängste der Massen einzugehen, wenn man verhindern will, dass es zu einer Wiederholung und Zuspitzung unartikulierter und vielleicht auch fehlgeleiteter Explosionen kommen soll. Man kann dem Menschen allerhand an Anpassung zumuten — aber nicht zu viel. Sonst kommt es unweigerlich zu Desintegrationserscheinungen.

Der Staat

Es gibt politische Parteien, die eine Vermehrung der Staatstätigkeit aus Prinzip oder sozusagen um ihrer selbst willen befürworten. Sie stützen sich darauf, dass die sich selbst überlassene Marktwirtschaft zum Übersteuern sowohl in der Richtung der Inflation wie der Deflation neigt, dass die primäre Einkommensverteilung höchst ungleichmäßig ist, dass eine Tendenz zur Konzentration der Vermögen und der Unternehmungen besteht und dass die erforderliche soziale Sicherheit nicht von selbst zustande

kommt. Der Nachtwächterstaat, bei dem die öffentliche Hand blass die unerlässlichsten Minalfunktionen ausübt, sei deshalb eine untaugliche Lösung am einen Ende des Spektrums.

Die vorgetragene Argumentation hat vieles für sich. Nur ist sie keine überzeugende Begründung dafür, dass nun eine Position am anderen Ende des Spektrums zu wählen sei. Nietzsche hat den Staat als «das kälteste aller kalten Ungeheuer» bezeichnet. Mit Recht. Je weiter seine Interventionen gehen, desto kleiner wird der Freiheitsspielraum des einzelnen. Statt dessen hat er Formulare auszufüllen und Gebote und Verbote zu beachten. Von seinem Einkommen bleibt ihm soviel, wie die Obrigkeit es für gut befindet. Es ist ganz klar, dass unter diesem lähmenden Druck die Initiative der einzelnen nachlässt. Ein zentralisiertes System muss des Ideenreichtums der dezentralisierten Köpfe und Verantwortungsträger entbehren.

Die Folgen sind bereits statistisch nachweisbar. Je grösser die Staatsquote am Bruttosozialprodukt ist, desto geringer ist die Dynamik der betreffenden Wirtschaft. Je mehr der Staat mit seinen Tentakeln in das Wirtschaftsleben eingreift, desto ausgeprägter ist der Pessimismus der Unternehmer und die Investitionsunlust. Die Folgen machen sich am Arbeitsmarkt in Form von Unterbeschäftigung bemerkbar. Je mehr schliesslich die öffentliche Hand Betriebe in eigener Regie übernimmt, desto geringer ist deren Ertragskraft, desto umfangreicher werden die Haushaltsdefizite und desto höher die Steuerbelastung.

Daraus geht hervor, dass das Gesetz vom abnehmenden Ertrag sich auch in diesem Bereich wiederum bestätigt, und zwar in einer Weise, die durchaus vorauszusagen ist. Die Folgerung liegt auf der Hand: Man sollte dem kältesten aller kalten Ungeheuer nicht mehr Kompetenzen übertragen, als unbedingt erforderlich ist. Vielleicht wäre sogar da und dort bereits eine Reprivatisierung angezeigt, wenn das goldene Mittelmass überschritten wurde. Fest steht, dass das Staatsbewusstsein und die Loyalität gegenüber der öffentlichen Hand niemals gestärkt werden, wenn die Bürokratie überwuchert. Diese weckt vielmehr weit eher Abneigung und Defensivreaktionen, Steuerwiderstand, Steuerumgehung und Steuerhinterziehung.

Die Quintessenz

Wir sind davon ausgegangen, dass die Zeiten sehr viel ungewisser geworden sind, als sie es waren. Von Determination ist weniger die Rede als von Unbestimmtheit und Unbestimmbarkeit. Selbst bei dieser nicht zu leug-

nenden Konstellation gibt es indessen Regelmässigkeiten, auf deren Funktionieren man sich nach wie vor verlassen kann. Nur sind sie mit ökonomischen Methoden nicht leicht zu fassen, weil sie zur Hauptsache auf psychologischen und sozialen Tatbeständen beruhen. Lineare Extrapolationen werden ihnen nicht gerecht. Bisher beobachtete Trends wechseln ihre Richtung. Aber gerade dieser Richtungswechsel ist in überraschend zahlreichen Fällen voraussehbar. Blos ist es leider nicht stets einfach zu bestimmen, wann und in welchem Masse er einsetzen wird.

Dass der Wettbewerb etwas Gutes ist, wird meistens anerkannt. Dass seine Intensität aber auch zu gross werden mag und dass er dann verheerend wirkt, müsste aufgrund der Erfahrung eigentlich leicht einzusehen sein und dazu Anlass geben, dass die Halsabschneiderkonkurrenz tunlichst vermieden wird. Auch die Erhöhung der individuellen Realeinkommen ist gewiss positiv zu beurteilen. Allein auch sie sollte nicht zu rasch vor sich gehen und sich nicht auf Kosten der Lebensqualität vollziehen. Sonst verfehlt sie ihren Sinn.

Jedermann wird ferner damit einverstanden sein, dass eine gewisse Korrektur der primären Einkommensverteilung am Platze ist. Wird der Egalitarismus dagegen zu weit getrieben, so rächt sich das. Dasselbe gilt für die soziale Sicherheit. Sie auszubauen, war in der Vergangenheit ungleich dringlicher als in der Gegenwart. Die Warnung vor einer Revolte der sozialen Lastesel ist nicht aus der Luft gegriffen. Selbst bei der Freizeit mag es so weit kommen, dass es des Guten zuviel wird. Es wäre höchst bedauerlich, wenn die Langeweile als negativer Freizeitnutzen überhandnähme.

Die Arbeitsteilung erwies sich als eine der wichtigsten Quellen des Wohlstandes. Sie innerbetrieblich und international bis zum Exzess voranzutreiben, bringt Sozialkosten mit sich, die dazu angetan sind, den Gewinn in einen Verlust zu verwandeln. Der soziale Wandel, angefeuert insbesondere durch die Fortschritte der Technik, löst verkrustete Strukturen auf und macht die Gesellschaft durchlässig. Technischer Fortschritt ist jedoch noch längst nicht gleichbedeutend mit gesellschaftlichem und menschlichem Fortschritt. Wenn unwirsche Reaktionen der Bevölkerung ausbleiben sollen, muss erst noch dafür gesorgt werden, dass diese Übereinstimmung hergestellt wird. Staatsinterventionen schliesslich sind unzweifelhaft bis zu einem gewissen Grade gerechtfertigt. Wenn die Zähmung des Kapitalismus jedoch zur Lähmung seiner Antriebskräfte führt, ist wiederum des Guten zuviel geschehen. Und das ist nicht von gutem.